



Koordinierungsrat  
deutscher  
Nicht-Regierungsorganisationen  
gegen Antisemitismus



Berlin, den 9. März 2009

## **Gemeinsame Presserklärung des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus**

### **Deutschland soll sich dem Boykott der antisemitischen UN-Propaganda-Konferenz „Durban II“ durch Kanada, Israel, die USA und Italien anschließen**

Die UN-„Durban Review Conference“ („Durban II“) in Genf (April 2009) soll an die UN-Konferenz von 2001 in Durban anknüpfen, die unter der Flagge eines angeblichen „Antirassismus“ zu Exzessen und antisemitischen Angriffen auf Israel, jüdische Organisationen und Juden geführt hat. Die Islamische Republik Iran gehört zum inneren Kreis derjenigen Staaten, die Durban II vorbereiten. Die Islamische Republik Iran verfolgt religiöse Minderheiten sowie jede politische Opposition und unterdrückt Frauen. Sie richtet Menschen wegen angeblicher sexueller Verfehlungen oder wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung hin und fordert die Vernichtung Israels. Es gibt also viele Gründe, dieser „Republik“ selbst Rassismus vorzuhalten. Die vorliegenden Entwürfe für eine Abschlussresolution enthalten **maßlose, hasserfüllte Anschuldigungen gegen Israel**, die auch nach den Kriterien, die dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 4. November 2008 zur Antisemitismusbekämpfung zugrunde liegen, als **antisemitisch** bezeichnet werden müssen. Die Resolutionsentwürfe **verletzen ebenso andere Menschenrechte, z. B. die Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit im Interesse eines falsch verstandenen Schutzes der islamischen Religion vor Kritik**, und verbreiten unter einem antirassistischen und antikolonialistischen Etikett eine einseitig **antiwestliche und antidemokratische Propaganda**.

**Der Koordinierungsrat deutscher Nichtregierungsorganisationen gegen Antisemitismus hat bereits im September 2008 zusammen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland in einem gemeinsamen Schreiben an Außenminister Steinmeier (Anlage) einen Boykott der antisemitischen UN-Durban-II-Veranstaltung gefordert**, eine Forderung, der damals vom Auswärtigen Amt nicht entsprochen wurde. **Nach den Boykott-Erklärungen Kanadas, Israels, der USA und Italiens erwarten wir eine positive Antwort auf diese Forderung**. Deutschland sollte insbesondere in Verantwortung vor seiner Geschichte ein klares Zeichen setzen und sich, auch mit Rücksicht auf die Ziele des Beschlusses des Deutschen Bundestags vom 4. November 2008, nicht an der „Durban Review Conference“ beteiligen. **Den vorhersehbaren antisemitischen Ausfällen auf der Durban-II-UN-Konferenz darf keine Legitimation durch Deutschland gegeben werden!**

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 · E-Mail: [kilpert@aol.com](mailto:kilpert@aol.com)  
(zu Mitgliedern, Vorstand und Pressesprechern vgl. Anlage I)

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin

Vorsitzende: Lala Süsskind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail: [vorstand@jg-berlin.org](mailto:vorstand@jg-berlin.org)

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin

Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail: [levi.salomon@jg-berlin.org](mailto:levi.salomon@jg-berlin.org)

2 Anlagen

## Anlage I

# Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam,  
Prof. Dr. Julius H. Schoeps, Prof. Dr. Lars Rensmann, MMZ-Fellow, University of Michigan, Ann Arbor

Amadeu-Antonio-Stiftung, Stiftungsvorstandsvorsitzende: Anetta Kahane, Berlin

Claudia Korenke, Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Frankfurt am Main

Daniel Kilpert M.A., Stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutsch-Israelischen Jugendforums, Berlin

Honestly Concerned e.V., Chefredakteur: Sacha Stawski, Frankfurt am Main

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Geschäftsführender  
Vorsitzender: Staatssekretär a.D. Klaus Faber, RA, Potsdam

Scholars for Peace in the Middle East, SPME-Germany, e.V., Berlin, Sprecher des Vorstandes:  
Prof. Dr. Diethard Pallaschke, Erste Stellvertreterin des Sprechers des Vorstandes: Dr. Elvira Grözinger

Initiative 9. November 1938, Abraham Dzialowski, Frankfurt am Main

Demokratie & Courage, Till Meyer, M.A., Potsdam

Mohammed Schams, Berlin, Senior Advisor IFI (Iranian Freedom Institute), Washington D.C.

Rosemarie Matuschek, Erik-Verlag, Berlin

Robin Stoller, Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA), London/Berlin

Peter Wirkner, Wissenschaftlicher Direktor, M.A., Mitarbeiter von MdB Prof. Gert Weisskirchen, Mannheim

Alexander Arndt, M.A., Editor-in-Chief /Online-Redakteur, Jerusalem Center for Public Affairs, Berlin

Interessengemeinschaft Gehörloser Jüdischer Abstammung in Deutschland e.V. (IGJAD), Hamburg, Vorsitzender: Mark  
Zaurov, M.A.

Jüdisches Berlin/Jewish Berlin Online, Herausgeber: Dr. Rafael Korenzecher, Berlin

Yad Achat e.V., Vorstand: Andreas Koch, Berlin

Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam, Vorsitzender:

Jochen Feilcke, Berlin

Pro-Israel-Initiative "neveragain", Vorsitzender: Roger Bückert, Wilnsdorf

---

### *Vorstandsmitglieder:*

*Anetta Kahane, Daniel Kilpert, Diethard Pallaschke, Julius H. Schoeps, Klaus Faber,  
Mohammed Schams, Sacha Stawski*

---

*Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A., Herthastr. 5, 131184 Berlin, Tel.: 030 69818376, E-mail: kilpert@aol.com*

*Till Meyer, M.A.*

*Alexander Arndt, M.A.*

---

# ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

**Koordinierungsrat  
Deutscher Nicht-Regierungs-  
organisationen  
gegen Antisemitismus**

Herrn Bundesminister  
Dr. Frank-Walter Steinmeier  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

Berlin, den 2. September 2008

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wie Sie wissen, wird im Rahmen der Vereinten Nationen eine „Durban Review Conference“ vorbereitet, die im Frühjahr 2009 in Genf stattfinden soll. Diese Veranstaltung soll an die Konferenz von 2001 in Durban anknüpfen, die unter der Flagge eines angeblichen „Antirassismus“ bekanntlich zu Exzessen und antisemitischen Angriffen auf Israel, jüdische Organisationen und Juden geführt hat. Träger dieser Angriffe waren in vielen Fällen arabische und islamische Länder sowie Organisationen aus diesen Staaten. Es erübrigt sich, im Einzelnen darzustellen, welche Hasspropaganda in diesem Zusammenhang in Durban mit UN-Unterstützung eine Plattform gefunden hat. Israel wurde isoliert, delegitimiert und dämonisiert sowie auch im Übrigen eine Hasssprache verwandt, die nicht nur nach den Kriterien der EUMC-Definition von 2005 als antisemitisch zu qualifizieren ist und nach deutschem Recht als strafbare Volksverhetzung anzusehen wäre.

Der damalige US-Außenminister Colin Powell hat die Lage 2001 zutreffend mit den folgenden Worten beschrieben:

„You do not combat racism by conferences that produce declarations containing hateful language, some of which is a throwback to the days of “Zionism equals racism;” or supports the idea that we have made too much of the Holocaust; or suggests that apartheid exists in Israel; or that singles out only one country in the world – Israel – for censure and abuse.“

Alle Informationen, die bislang vorliegen, zeigen, das sich die Vorfälle von Durban in Genf auf der „Durban Review Conference“ („Durban II“) wiederholen werden. Ein letztes Anzeichen dafür ist die vor kurzem bekannt gewordene Tatsache, dass auch die Islamische Republik Iran

Midwest Freedom Forum Berlin

**Koordinierungsrat deutscher  
Nicht-Regierungsorganisationen  
gegen Antisemitismus:**

Moses Mendelssohn Zentrum für  
europäisch jüdische Studien an der  
Universität Potsdam e. V.  
Prof. Dr. Lars Rensmann,  
MMZ-Fellow, University of Michigan,  
Ann Arbor

Amadeu-Antonio-Stiftung,  
Stiftungsvorstandsvorsitzende:  
Anetta Kehene, Berlin

Claudia Korenke, Vizepräsidentin  
der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,  
Frankfurt am Main

Daniel Kilpert M.A.,  
Stellvertretender Bundesvorsitzender  
des Deutsch-Israelischen Jugend-  
forums, Berlin

Honestly Concerned e.V.,  
Chefredakteur: Sacha Stawski,  
Frankfurt am Main

Wissenschaftsforum der  
Sozialdemokratie in Berlin,  
Brandenburg und Mecklenburg-  
Vorpommern e.V.,  
Geschäftsführender Vorsitzender:

St. a.D. Klaus Faber, RA, Potsdam

Scholars for Peace in the Middle East,  
SPME-Germany, e.V., Berlin,  
Sprecher des Vorstandes:

Prof. Dr. Dietrich Polaschke,  
Erste Stellvertreterin des Sprechers  
des Vorstandes: Dr. Elvira Grözinger

Initiative 9. November 1938,  
Abraham Dzielowski,  
Frankfurt am Main

Demokratie & Courage,  
Till Meyer, Potsdam

Mohammed Schams, Berlin, Senior  
Advisor IFI (Iranian Freedom  
Institute), Washington D.C.

Milena Uhlmann, Dipl.-Pol., Berlin

Rosemarie Matuschek,  
Erik-Verlag, Berlin

Internationales Institut für Bildung,  
Sozial- und Antisemitismusforschung  
(IIBSA), London/Berlin, Robin Stoller

Peter Wirkner,  
Wissenschaftlicher Direktor, M.A.,  
Mitarbeiter von MdB

Prof. Gert Weisskirchen,  
Persönlicher Beauftragter des OSZE-  
Vorsitzenden zur Bekämpfung des  
Antisemitismus, Mannheim

zum inneren Kreis derjenigen Staaten gehört, die Durban II vorbereiten. Die Islamische Republik Iran verfolgt religiöse Minderheiten, unterdrückt Frauen, lässt eine Pressefreiheit nicht zu. Sie richtet Menschen wegen angeblicher sexueller Verfehlungen oder wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung hin. Nach dem Verfassungssystem der Islamischen Republik Iran kann nur ein Muslim einer bestimmten schiitischen Richtung ein vollwertiger Staatsbürger sein. Es gäbe also viele Gründe, dieser „Republik“ selbst Rassismus vorzuhalten.

Zudem haben der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadinedschad, und andere Angehörige der Staatsführung dieser Republik vielfach das Existenzrecht Israels in Frage gestellt und Israels Vernichtung angekündigt. Auch die wiederholten Versuche Ahmadinedschads, den Holocaust zu leugnen oder zu relativieren, dienen erkennbar dem Ziel, Israels Existenz und damit die jüdische nationale Souveränität und Selbstverteidigung zu delegitimieren. Verbunden mit der - schon seit langem nicht mehr ernsthaft zu bestreitenden - atomaren Aufrüstung der Islamischen Republik Iran zeigt diese Agitation nicht nur volksverhetzende Züge; sie ist darüber hinaus als Völkermordpropaganda zu qualifizieren. Es ist zu erwarten, dass diese antisemitischen Angriffe in Genf eine neue Plattform erhalten, die an die Resolutionen und Aktionen von 2001 in Durban anknüpfen kann.

Mit Befremden haben wir von Mitarbeitern Ihres Ministeriums gehört, dass Deutschland an der „Durban Review Conference“ im April 2009 in Genf teilnehmen will. Wir fordern Sie dringend auf, diese Entscheidung zu revidieren. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Land wie Deutschland an einer schon jetzt erkennbar antisemitischen Propagandaveranstaltung im UN-Rahmen teilnimmt und dabei mit offen antisemitischen Kräften wie der Islamischen Republik Iran zusammenwirkt.

Die kanadische Regierung hat sich bereits zu Beginn dieses Jahres dazu entschlossen, die antisemitische Durban II - Konferenz zu boykottieren. Auch Israel wird an der Konferenz nicht teilnehmen.

Der kanadische Außenminister hat die Entscheidung seines Landes mit den folgenden Worten begründet:

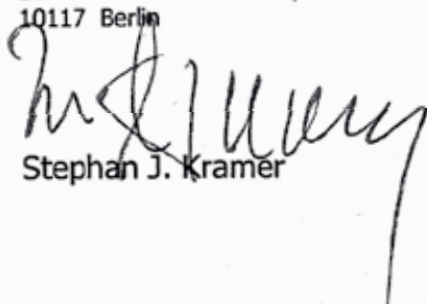
“[We] had hoped that the preparatory process for the 2009 Durban Review Conference would remedy the mistakes of the past ... We have concluded that, despite our efforts, it will not. Canada will therefore not participate in the 2009 conference. Canada will continue to focus its efforts on genuine anti-racism initiatives that make a difference.”

Seite 3 zum Schreiben vom 2. September 2008

Auch Deutschland sollte insbesondere in Verantwortung vor seiner Geschichte ein klares Zeichen setzen und sich nicht an der „Durban Review Conference“ beteiligen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie als Außenminister hierfür die notwendigen Schritte einleiten und Konsequenzen ziehen würden. Nur auf diese Weise kann verhindert werden, dass den vorhersehbaren antisemitischen Ausfällen auf der Durban II - Konferenz eine Legitimation auch durch Deutschland gegeben wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für den Zentralrat der Juden in Deutschland  
Leo-Baeck-Haus Tucholskystraße 9  
10117 Berlin



Stephan J. Kramer

Für den Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen  
gegen Antisemitismus  
Herthastr. 5  
13184 Berlin



Daniel Kilpert

i. V. D.K.

Prof. Dr. Diethard Pallaschke

Für das Mideast Freedom Forum Berlin  
Muskauerstr. 10  
10997 Berlin



Ulrike Becker